

Zinn, Karl Georg; Molitor, Bruno; Strümpel, Burkhard

**Article — Digitized Version**

## Vollbeschäftigung durch Lohnpause?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Zinn, Karl Georg; Molitor, Bruno; Strümpel, Burkhard (1978) : Vollbeschäftigung durch Lohnpause?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 1, pp. 7-20

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135149>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Vollbeschäftigung durch Lohnpause?

In seinem Herbstgutachten 1977 sprach sich der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für eine Lohnpause aus. Diese Empfehlung stieß auf Kritik. Die Professoren Karl Georg Zinn, Aachen, Bruno Molitor, Würzburg, und Burkhard Strümpel, Berlin, nehmen Stellung.

---

Karl Georg Zinn

### Das SVR-Gutachten 1977/78: ein Krisenprogramm

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage hat in seinem Herbstgutachten 1977 für die Wirtschaftsentwicklung 1978 eine Prognose und zwei Alternativen dargestellt, die darauf hinauslaufen, daß die günstigste Kombination von Beschäftigungs- und Preisniveaumentwicklung – nämlich eine Beschäftigungszunahme von 0,5 % bei einer Inflationsrate von 2,5 bis 3 % – durch eine Reallohnsenkung bzw. Erhöhung der (bereinigten) Gewinnquote erreicht werde.

Die theoretische Basis dieser Empfehlung, die sich nicht mit einem Reallohnstopp begnügt, sondern eine Reduktion der realen Masseneinkommen zugunsten höherer Gewinne verlangt, ist die empirisch nicht klar belegte Grenzproduktivitätstheorie des Lohnes: Da die Löhne im Verhältnis zur Produktivitätsentwicklung zu stark gestiegen seien, hätten die Unternehmer Entlassungen vornehmen müssen, nachdem die Antiinflationpolitik seit 1973 eine Überwälzung der Lohnkosten in den Preisen nicht mehr in vollem

Ausmaß zugelassen habe. Anschaulich heißt dies, daß die mit der angeblich zu teuren Arbeit produzierten Güter sich nicht mehr verkaufen lassen. Oder umgekehrt: wenn alle Arbeitslosen wieder Beschäftigung finden sollen, so müssen die Löhne bzw. Lohnkosten auf ein Niveau sinken, das so niedrige Preise erlaubt, daß die bei Vollbeschäftigung herstellbare Produktion voll abgesetzt werden kann. Überproduktion, Fehlinvestitionen, Sättigung und dergleichen spielen für den Sachverständigenrat keine wesentliche Rolle.

#### Konservative Wirtschaftspolitik

Die Zuspitzung der Krisenerklärung auf das Lohnkostenargument ist keine Erfindung des Sachverständigenrates, sondern wurde mit bekannter Regelmäßigkeit von den Unternehmervertretern und Verfechtern der herrschenden nationalökonomischen Doktrinae während der vergangenen Jahre vorgetragen und findet sich auch im McCracken-Report der OECD. Von Gewerk-

schaften und Wissenschaftlern, die den neoklassischen Harmonielehren etwas kritischer gegenüberstehen, wird jener These von der Lohnkostenbedingten Krise ebenso beharrlich widersprochen. Die Ursachenfrage der Krise und das Rezept für den Weg aus der weltwirtschaftlichen Misere sind also umstritten. Dennoch entschied sich der Sachverständigenrat als Gremium für eine nicht nur eindeutige, sondern einseitige Aussage. Im Hinblick auf seinen durch die Massenmedien potenzierten Einfluß auf die öffentliche Meinung kann sich der Sachverständigenrat nicht darauf berufen, er habe seminaristische Sandkastenspiele ausprobiert, sondern die Ratsmehrheit will Wirtschaftspolitik machen; und zwar nach landläufigem Verständnis konservative Wirtschaftspolitik.

Die öffentlichkeitswirksame Mehrheitsmeinung im Sachverständigenrat will die Last der Krisenüberwindung faktisch allein den Lohn- und Gehaltsempfängern, genauer den Empfängern unterer und mittlerer Einkommen

aufbürden. Dies ist nicht nur ein klares Votum gegen gewerkschaftliche Lohnpolitik, sondern zugleich eine Absage an alle von den Gewerkschaften getragenen Vorstellungen über eine der Krisensituation kurz- und mittelfristig angemessene Wirtschaftspolitik. Als Gremium hat der Rat damit in aller Klarheit seine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Interessenorientierung zum Ausdruck gebracht. Die empfohlene Lohnpolitik läuft faktisch nicht nur auf einen Reallohnstopp, sondern eine Reallohnsteigerung hinaus. Das Lohnstopp-postulat wird aber nicht einmal mit der in diesem Zusammenhang naheliegenden Komplementärmaßnahme eines allgemeinen und staatlich kontrollierten Preisstopps verbunden. Damit ist implizit sogar eine Rechtfertigung für die unternehmerische Preiserhöhungspolitik in der Vergangenheit ausgesprochen. Sowohl in der wirtschaftspolitischen Handlungsanweisung als auch in den zur Begründung herangezogenen Theoremen, Argumenten und gesellschaftspolitischen Normvorstellungen vertritt der Sachverständigenrat als Gremium Unternehmerpositionen. Echte Alternativen zu dem empfohlenen Konzept werden entweder gar nicht erst erörtert oder aber bagatellisierend verworfen.

Die Kritik an der einseitigen Interessenbezogenheit der Sachverständigenmehrheit ist eine Sache; ein zweites Problem ergibt sich mit der Frage der Stichhaltigkeit der Position des Rates. Es scheint zweifelhaft, ob der Rat unter längerfristiger Perspektive überhaupt als „kluger“ Sachwalter unternehmerischer – oder in der ratseigenen Terminologie: marktwirtschaftlicher – Interessen fungiert. Diese beiden Punkte seien nun eingehender erörtert.

Es wurde u. a. von Gewerkschaftsseite der verständliche Vorwurf erhoben, daß der Sachverständigenrat seine gesetzliche

Kompetenz durch die Einseitigkeit seiner Empfehlung überschritten habe. Es ist zu vermuten, daß dieser Vorwurf auf der Annahme beruht, der Sachverständigenrat könne so etwas wie „objektive Wahrheit“ vertreten; der Vorwurf setzt dann also voraus, daß es *eine* richtige Analyse „der“ Wissenschaft gebe und sich daraus auch nur ein relativ enges Bündel von wirtschaftspolitischen Empfehlungen herleiten ließe.

#### Politisches Gremium

Diese Möglichkeit hat der Sachverständigenrat jedoch nicht. Er ist ein politisches Gremium, wenn sein politischer Charakter auch (leider) nicht so klar gesehen wird, wie es etwa bei der amerikanischen Entsprechung des deutschen Rates, dem Council of Economic Advisers, der Fall ist.

Die Autoren  
unseres  
Zeitgesprächs:

*Prof. Dr. Karl Georg Zinn, 38, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre und Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen.*

*Prof. Dr. Bruno Molitor, 51, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre und Leiter des Instituts für Verteilungs- und Sozialpolitik an der Julius-Maximilians-Universität in Würzburg.*

*Prof. Dr. Burkhard Strümpel, 42, ist Ordinarius für Wirtschaftswissenschaften an der Freien Universität Berlin und Senior Fellow am Internationalen Institut für Umwelt und Gesellschaft, Wissenschaftszentrum Berlin.*

Der politische Charakter des Rates gilt in doppelter Weise: Erstens wird der Rat von Politikern berufen; hierbei muß zwar die fachliche Kompetenz der Berufenen als Nebenbedingung beachtet werden, aber es ist ein offenes Geheimnis, daß aus der relativ großen Zahl fachlich hinreichend Kompetenter schließlich nach politischen Gesichtspunkten ausgewählt, vorgeschlagen, berufen bzw. abgelehnt wird (ja werden muß). Zweitens hat es der Sachverständigenrat mit einer Materie zu tun, die schon lange vor den klassischen Nationalökonomien den treffenden Namen „Politische Ökonomie“ erhalten hat; der Rat hat es also mit Interessenfragen zu tun, und es bleibt ihm lediglich, die Interessenbezogenheit seiner Stellungnahmen sprachlich zu kaschieren oder die Interessengegensätze deutlich zu machen. Im letztgenannten Fall – und der ist mit dem aktuellen Gutachten gegeben – kann sich der Rat auf eine Seite schlagen, also konkret gegen oder für höhere Löhne argumentieren, oder aber auch die gegensätzlichen Positionen explizit ausweisen und jeweils die die konträren Positionen abstützenden Argumente bringen.

#### Extreme Einseitigkeit

Der Rat kann also eindeutig Interessenpolitik betreiben oder aber – was praktisch bei der Ratskonstruktion vielleicht unmöglich ist – verschiedenen Interessen Argumente liefern. Jedenfalls kommt der Rat in keinem Fall aus den gesellschaftlichen Interessenkonflikten heraus. Wie immer er sich in seinen Stellungnahmen entscheidet, er macht Politik. Das Mißliche an der ganzen Sache ist also nicht, daß im Sachverständigenratsgutachten Interessen vertreten werden, sondern daß die Interessenvertretung einseitig ist und dann auch noch mit dem ehrfurchtgebietenden Purpurmantel quasi interessenneutraler Wissenschaft umhüllt wird.

Dem Sachverständigenrat ist daher nicht so sehr Kompetenzüberschreitung anzukreiden, sondern der Vorwurf müßte lauten: extreme Einseitigkeit. Und damit richtet sich die Rüge nicht nur an den Rat, sondern auch an jene, die bei der Berufung des Gremiums nicht den allenthalben propagierten Pluralismus – im politischen wie im wissenschaftlichen Sinn – zu wahren wußten (was sicherlich keine ganz einfache Aufgabe darstellt).

Anstatt von „Kompetenzüberschreitung“ könnte man auch von (absichtlicher?) Kompetenzunterschreitung sprechen: Warum wird z.B. wie erwähnt, die Empfehlung, die Reallöhne zu senken, nicht durch das in Nachbarländern übliche Komplementärinstrument zum Lohnstopp, den Preisstopp, ergänzt? Warum wird nicht die Möglichkeit durchgespielt, einen tarifvertraglichen Reallohnverzicht mit Beschäftigungs- und Investitionsverpflichtungen der Unternehmen zu koppeln, zumindest aber an die Bedingung zu knüpfen, daß Lohnkostensenkungen auch in den Preisen weitergegeben werden. Der Rat selbst windet sich ja unter dem Zweifel, ob sinkende Lohnstückkosten in der heutigen Welt oligopolistischer Märkte, privat administrierter Preise und sättigungsbedingt preisunelastischer Nachfrage wirklich zu Preis(niveau)senkungen führen: „Eine im ganzen positive Veränderung der Kaufkraft der privaten Haushalte als unmittelbare Rückwirkung der Kostensenkung ergibt sich allerdings nur, wenn die Senkung oder der Minderanstieg des Preisniveaus erheblich ist.“

### Drei Bruchstellen

Mit einem kühnen Griff in die vorkeynesianische Theorie präsentiert der Rat den *Realwerteffekt* (bekannt als Pigou-Effekt) als theoretische Grundlage seiner Beschäftigungskonzeption. Die unterstellte Wirkungskette lautet: Sinkende Reallöhne

= sinkende Kosten = sinkende Preise und/oder steigende Gewinne = höhere Kaufkraft der Empfänger von Gewinn- und Sozialeinkommen = Nachfragesteigerung im Investitions- und Konsumgütersektor. Die drei Bruchstellen dieser Kette werden hingegen nicht klar gesehen: Nämlich erstens die Wahrscheinlichkeit, daß sinkende Lohnkosten nicht zu entsprechenden Preissenkungen führen, zweitens die durch eine Lohnquotensenkung zu erwartende Erhöhung der volkswirtschaftlichen Sparquote bzw. Senkung der Konsumquote und damit eine höhere Nachfragelecke sowie drittens die Tatsache, daß steigende Gewinne bei nach wie vor stark unterausgelasteten Kapazitäten günstigstenfalls die Rationalisierungsinvestitionen erhöhen, hingegen keine Erweiterungsinvestitionen erwartet werden können.

Die Einseitigkeit der Ratsargumentation wird auch in der skeptischen Beurteilung einer fiskalpolitischen Krisenbekämpfung deutlich. Die relativ günstigen beschäftigungspolitischen Ergebnisse in Ländern wie Schweden oder Österreich, die in den vergangenen Jahren einer prononciert keynesianischen Politik folgten, werden mit dem Hinweis auf die Zahlungsbilanzprobleme dieser Länder bagatellisiert. Fiskalpolitische Expansionsimpulse sollen nach Ratsmeinung vorwiegend auf die „verstärkte Beteiligung des Staates an den Risiken privater Investitionen“ hinauslaufen, d.h. konkret Zuschüsse für Forschungs- und Entwicklungsprojekte, „eigenkapitalähnliche Kredite des Staates“ für Firmenneugründungen und dergleichen. Allerdings sind solche Vorschläge ohnehin nur auf die Nebenschauplätze der Krisenbekämpfung gemünzt, denn immer wieder betont der Rat die Notwendigkeit einer Lohnsenkung: „Was das Investitionskalkül auch immer belasten mag, es gibt jeweils ein Lohnniveau, bei dem keine Angebotsprobleme,

die aus anderen Gründen bestehen mögen, so stark zu Buche schlagen, daß Vollbeschäftigung unmöglich würde“ (Ziffer 288).

Diese These ist ebenso wenig widerlegbar wie der Satz „Es gibt einen fünfbeinigen Raben“; nur sollte man auf solche Aussagen keine wirtschaftspolitische Programme gründen.

### Internationaler Lohnkostenvergleich

Das Lohnkostenargument scheint noch am ehesten – im internationalen Bereich – gewisse Relevanz zu haben, denn beim Export könnte via kostenorientierter Preissenkung eventuell eine Absatzausweitung erreicht werden. Betrachtet man jedoch die internationale Situation, so ist von deutscher Exportschwäche nichts zu sehen. Selbst der starke Exportrückgang von 1974 auf 1975 ist unter mittelfristiger Perspektive kein Einbruch, denn auch nach 1975 verharrte sowohl der Exportanteil am Bruttosozialprodukt als auch der Außenbeitrag über dem langjährigen Durchschnitt. Trotz der vom Rat beklagten Lohnerhöhung bewegte sich die Ausfuhr von 1973 an steil nach oben und kompensierte einen Teil des binnenwirtschaftlichen Nachfragedefizits.

Der internationale Vergleich der *Lohnstückkosten*, und nur diese sind im Hinblick auf Preispolitik und Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt relevant, zeigt, daß der Lohnstückkostenanstieg der verarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik weit unter dem OECD-Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1977 lag (vgl. Tabelle). Daß sich aufgrund der Außenhandelsungleichgewichte zwischen den OECD-Ländern schließlich Wechselkursänderungen größeren Ausmaßes mit einem Aufwertungseffekt für die Deutsche Mark und die deutschen Löhne vollzogen, kann in einem System flexibler Kurse nicht verwundern; hieran wird jedoch gerade die

selbsterstörende Wirkung permanenter Leistungs- bzw. Zahlungsbilanzüberschüsse deutlich. Sollte sich über Reallohnsenkungen tatsächlich eine weitere Stärkung der Exportfähigkeit der Bundesrepublik ergeben, d. h. würden wir fortfahren, einen Teil der Arbeitslosigkeit zu exportieren, müßten sich die bereits in Gang gesetzten protektionistischen Tendenzen weiter verschärfen.

Völlig verfehlt erscheint in diesem Zusammenhang die Hoffnung, eine Niedriglohnpolitik könnte die „Abwanderung“ von Arbeitsplätzen ins Ausland verhindern. Erstens ist der deutsche (langfristige) Nettokapitalexport – gemessen am gesamtwirtschaftlichen Investitionsvolumen – nur marginal; zweitens spielen die Lohnkostenunterschiede zum Ausland nur in wenigen Ausnahmefällen eine wesentliche Rolle bei den Direktinvestitionen.

**Veränderung der Lohnstückkosten**

	Durchschnitt			
	1964/74	1974/75	1975/76	1976/77
USA	2,7	12,2	0,5	4
Japan	5,8	22,1	-3,1	4,5
Bundesrepublik	5,5	7,9	-1,6	3,25
Frankreich	4,7	21,2	4,6	8,25
Großbritannien	7,1	32,1	13,3	7,5
OECD-Durchschnitt	4,2	16,4	1,5	6,75

Quelle: OECD: Economic Outlook, Nr. 21, Juli 1977, S. 57.

Untersuchungen über die Motive für Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland ergaben, daß das Lohnkostenargument – abgesehen von sehr speziellen Fällen – weit hinter anderen Gründen, vor allem abatzpolitischen Überlegungen rangiert. Anders wäre auch kaum zu erklären, daß ca. 70 % aller Direktinvestitionen in Industrieländer und nicht in Niedriglohnländer gehen.

Wie steht es nun um den Zusammenhang von Gewinnhöhe, Investitionsentwicklung und Reallohnbewegung? Die Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit

haben belegt, daß Gewinnsteigerungen die Investoren nicht zu Erweiterungsinvestitionen veranlassen, solange noch erhebliche Kapazitätsunterauslastung besteht. Der früher leidlich belegte Zusammenhang von Gewinnhöhe und Investitionstätigkeit wird heute auch von orthodoxen Markttheoretikern kaum noch behauptet. Untersuchungen des Ifo-Instituts haben recht klare empirische Belege geliefert, daß die Gewinnhöhe nicht mehr mit der Investitionsbereitschaft korreliert. Als „Erklärung“ für dieses der Natur der Marktwirtschaft so wenig päbliche Phänomen wird auf die „Stimmungslage“ der Unternehmer verwiesen. Auch hierzu liegen Operationalisierungsversuche des Ifo-Instituts vor.

Unterstellt, es liege tatsächlich an der schlechten Laune der Investoren, dann müßte die Konsequenz in einer sozialen Demokratie doch eigentlich sein, die Investitionspolitik zu „sozialisieren“, denn es wäre skandalös, wollte man das Schicksal und die Existenz von Millionen von Menschen von der guten oder schlechten Laune der Unternehmer abhängig machen. Wie hoch müssen denn Rentabilität bzw. die quasi-garantierten Zukunftsgewinne sein, damit das von den arbeitenden Menschen geschaffene Kapital auch wieder investiv verwandt wird? Oder – um die Absurdität des Stimmungsarguments noch ein wenig zu strapazieren – müssen erst wieder Vertreter einer orthodoxen kapitalistischen Wirtschaftsphilosophie auf die Regierungsbank, damit die Unternehmerstimmung besser wird? Wie viele Jahre müssen die Gewinne steigen bzw. ein relativ hohes Niveau halten, ehe das viel beschworene Weltvertrauen der Unternehmer wiederkehrt?

Die Ifo-Tests zur Unternehmerstimmung lieferten – wiederkehrend – die unzweideutigen Belege, daß die Stimmung schlecht, die Investitionsneigung gering

ist, weil man keine expandierende Nachfrage vor sich sieht. Nicht die Lohnkosten bedingen die schlechte Kapazitätsauslastung, sondern die fehlende Nachfrage. Oder muß man eingestehen, daß in der Vergangenheit zu schnell und zu viel in Kapazitätserweiterungen investiert wurde? Ein bißchen „Investitionslenkung“ im Boom nach 1969 hätte die Investitionstätigkeit gestreckt und auch die Dämpfungspolitik im Frühjahr 1973 (Investitionssteuer etc.) verhindern können. Angenommen, die Löhne in jenen Branchen, deren Kapazitätsauslastung seit Mitte 1971 (und das gilt im Durchschnitt für die gesamte verarbeitende Industrie) unter der Normalauslastung liegt, hätten stagniert; oder unterstellt, die Löhne in der gesamten Industrie würden plötzlich um 10 % gesenkt: Selbst wenn dann trotz der oligopolistischen Preisrigiditäten in vielen Branchen die Preise den Lohnkostensenkungen folgen würden, hätten wir keine Vollbeschäftigung, sondern noch größere binnenwirtschaftliche Nachfragerücken und eine noch stärkere Exportorientierung – mit allen negativen Beschäftigungsfolgen bei den Handelspartnern. Denn Lohnkostensenkungen, wenn überhaupt in Preissenkungen weitergegeben, bringen auf dem Binnenmarkt nur dort bemerkenswerte Beschäftigungszunahmen, wo die Nachfrage entsprechend preiselastisch reagiert. Solche Märkte muß man inzwischen jedoch – bei breiten Sättigungstendenzen und immer noch vorherrschender Sparmentalität – mit der Lupe suchen.

**Fehlschlüsse des Rates**

Reallohnsenkungen reduzieren über den Rückkoppelungseffekt der sinkenden Massenkauferkraft und -nachfrage die Investitionsneigung, soweit es sich um Erweiterungsinvestitionen handelt. Dieses Kaufkraftargument des Lohns mag zwar dann nur eingeschränkt gelten, wenn die aus Masseneinkommen fließende

Ersparnis im Verhältnis zur Investitionsbereitschaft zu hoch ist, aber zumindest müßte man dann getreu nach keynesschem Muster Wege zum Ausgleich der *Nachfrangelücke* aufzeigen und sich nicht, wie es der Rat versucht, einer fiktiven „*Angebotslücke*“ bedienen, um die Stagnation zu erklären.

### Hübsches Wortspiel

Die Gutachter versäumten nicht, relativ ausführlich auf das Nachfrageproblem (Ziffern 244 ff.) und das Kaufkraftargument des Lohns (Ziffern 288 ff.) einzugehen. Mit einem hübschen Wortspiel gießt der Rat die Kaufkraftthese, „mehr Nachfrage schafft mehr Beschäftigung“ in die Formel „mehr Beschäftigung schafft mehr Nachfrage“ (Ziff. 241) um. Dahinter steht die Sachverständigenmeinung, daß man hier Ursache und Wirkung austauschen könne, d. h. daß das Angebot unter den gegebenen Umständen der Nachfrage vorausseilen müsse. Völlig übersehen wird dabei das Absatz- bzw. Realisierungsproblem: Mehr Angebot bzw. mehr Produktion bedeutet zwar mehr Einkommen und Beschäftigung, aber wer garantiert den Absatz? Und bei schlechten Absatzaussichten wird eben nicht mehr produziert, vor allem nicht mehr in Kapazitätserweiterungen investiert. Ein typisches Beispiel für die Fehlschlüsse des Rates findet sich in Ziffer 258 des Gutachtens: „Ein großer Teil des technischen Fortschritts wird unabhängig vom Lohnkostendruck hervorgebracht. Dieser autonome technische Fortschritt ist häufig arbeitssparend. Die so freigesetzten Arbeitskräfte finden ... oft keinen neuen Arbeitsplatz. Das heißt jedoch nicht, daß sie auf Dauer arbeitslos bleiben müssen. Denn mit dem zusätzlichen Einkommen, das der technische Fortschritt schafft, indem er die Arbeitsproduktivität steigert, entsteht auch zusätzliche Nachfrage, die neue Beschäftigungsmöglichkeiten ... eröffnet“.

Auf welchen Automatismus vertraut hier der Rat? Produktivitätsbedingte Entlassungen senken erst einmal die Massenkaukraft und erhöhen die unproduktiven Ausgaben der Volkswirtschaft. Die durch Entlassungen eingesparten Löhne können zu entsprechenden Gewinnsteigerungen führen, eventuell auch zum Teil den weiter beschäftigten Arbeitskräften als höhere Einkommen zugute kommen und/oder bei produktivitätsorientierten Preissenkungen das Realeinkommen der Konsumenten steigern. Was auch immer geschieht, die Einkommensverteilung wird ungleichmäßiger, vor allem ist mit einer höheren Gewinnquote zu rechnen. Nach allen Erfahrungen führt dies zu einer höheren Sparquote. Da – wie der Rat nicht verhehlt – „die private Konsumneigung in der Tat seit längerem in der Bundesrepublik einen leicht sinkenden Trend aufweist“ (Ziffer 256), kann kaum erwartet werden, daß der produktivitätsbedingte Einkommensanstieg auch voll nachfragewirksam wird und damit die volle Absorption der infolge der Rationalisierungen entlassenen Arbeitskräfte gewährleistet. Bedenkt man zudem, daß Produktivitätssteigerungen häufig bewirken, daß man mit *weniger* Arbeit *mehr* Waren produzieren kann – und diese auch abgesetzt werden müssen, so stellt sich Arbeitslosigkeit eben nicht als Lohnkostenfrage dar, sondern als Absatz- bzw. Überproduktionsproblem. Das war in der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre so, die erst mit dem Weltkrieg „endete“; und auch die Nachkriegsentwicklung erklärt sich durch Nachfragefaktoren – symptomatisch ist die Tatsache, daß die Arbeitslosenquote der USA nur in Kriegszeiten unter die 4-Prozent-Marke gefallen ist.

Wenn die gesamte erwartete Endnachfrage mit den vorhandenen Kapazitäten befriedigt werden kann, gibt es keinen Grund, Erweiterungsinvestitionen vorzunehmen; mögen die gegenwärtigen

Gewinne nun als zu niedrig oder als hoch angesehen werden. Da trotz steigender Nachfrage die Überkapazitäten in den vergangenen Jahren nicht reduziert wurden, obgleich der Kapazitätsausbau so stark zurückging, dürfte die pessimistische Einschätzung der künftigen Nachfrageentwicklung durch die Unternehmer die Realität richtig widerspiegeln. Zudem signalisiert auch der seit 1969 im Trend sinkende Quotient aus Auftragseingängen und Kapazität (Order-Capacity-Ratio), daß der künftigen Nachfrage mit der Fortsetzung des (ja durchaus noch vorhandenen) Wachstums des Produktionspotentials entsprochen werden kann. Bei der anhaltenden Unterauslastung der Kapazitäten muß man eigentlich schon zufrieden sein, wenn wenigstens das reduzierte Volumen an Erweiterungsinvestitionen auch künftig aufrechterhalten wird!

### Nebulöse Behauptung

Die angebotsorientierte Expansionspolitik, auf die der Rat gesetzt hat, erscheint ziemlich illusionär. Unter den gegebenen Umständen könnte sie nur dann erfolgreich sein, wenn sie „den großen Innovationsschub“ hervorbringen würde, vergleichbar etwa mit den Expansionseffekten der Masseneinführung des Personenwagens. Für solch profitträchtiges Unterfangen bedürfte es nun aber gerade keiner besonderen Förderungsmaßnahmen; die dynamischen Unternehmer würden die letzten Pfennige zusammenkratzen, um in ein solches Geschäft einzusteigen. Wieso nun ausgerechnet Reallohnsenkungen jenes Innovationswunder herbeiführen werden, bleibt des Sachverständigenrats Geheimnis.

Es läßt sich zwar spekulieren, daß kurzfristig durch Lohnsenkungen erreichbare Gewinnzunahmen einige Unternehmer zur Aufstockung der Budgets für Forschung und Entwicklung veranlassen, aber was dabei an Be-

schäftigungseffekten – und vor allem wann – herauspringen wird, ist doch äußerst ungewiß. Völlig nebulös bleibt die Behauptung des Sachverständigenrates, daß Lohnkostensenkungen Investitionen rentabel machen würden, die es bisher nicht sind. Konkrete Beispiele fielen dem Rat nicht ein. Es müßte sich um Branchen handeln, die zur Zeit relativ dicht an der Kapazitätsgrenze produzieren, aber eine weitere Steigerung der Absatzmenge nur bei sinkenden Preisen erreichen können. In diesen spezifischen Fällen könnte eine Lohnsenkung, die in Preissenkungen an die Nachfrager weitergegeben wird, auch Anlaß zur Erweiterungsinvestition sein, wobei sich noch das Problem stellt, ob die technisch bedingte Mindestgröße der Kapazitätserweiterung nicht zu weit über der via Preissenkung

attrahierbaren Nachfrage(steigerung) liegt. Solche konkreten Fälle scheint der Rat jedoch nicht ins Auge gefaßt zu haben, sonst hätte er doch eine tarifvertragliche Koppelung von Lohnstopp und Verpflichtung zur arbeitsplatzschaffenden Erweiterungsinvestition empfehlen können.

#### Falsche Medizin

In deutlichen Widerspruch zu seiner Grundkonzeption gerät der Rat, wenn er Lohnsenkungen als Medizin gegen den Rationalisierungsdruck schmackhaft machen könnte (Ziffer 257). Denn innovative Angebotserweiterungen finden sich ja gerade dort, wo neue, kostengünstigere Produktionstechniken entwickelt und dann von anderen Unternehmen als Investitionsgüter zum Zweck der Rationalisierung gekauft werden (sollen). Das „Entlastungs-

argument“ der Lohnsenkung greift aber vor allem aus folgenden Gründen nicht: Erstens eröffnet der technische Fortschritt, vor allem die Mikroelektronik, so große Rationalisierungsvorteile, daß Lohnsenkungen, die sich noch einigermaßen in einer realistisch vorstellbaren Dimension bewegen, nur marginale Bremswirkung im Rationalisierungsprozeß hätten. Wahrscheinlicher ist hingegen, daß durch Lohnsenkungen bedingte Gewinn- und Liquiditätserhöhungen der Unternehmen die Rationalisierung noch beschleunigen. Zweitens muß gesehen werden, daß die Rationalisierungsprozesse der jüngeren Zeit eine Fortsetzung des seit den sechziger Jahren anhaltenden Rationalisierungstrends darstellen. Einschlägige Untersuchungen des Ifo-Instituts haben deutlich gemacht, daß wir

## VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

### NEUERSCHEINUNG

Bruno Molitor

## LOHNPOLITIK UND ARBEITSMARKT

Mit der vorliegenden Aufsatzsammlung wird in einer Zeit, in der das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung zu den wichtigsten Problemen geworden sind, ein Lösungsansatz geliefert, der nicht nur für den Wissenschaftler, sondern vor allem für die Politiker und Tarifpartner von Interesse sein dürfte. Der Verfasser vertritt die Meinung, daß vor allem in der Lohnpolitik ein Umdenken stattfinden muß, wenn das erreichte Wohlstandsniveau auch zukünftig erhalten bleiben soll. Die Lohnpolitik, die sich bisher in der Bundesrepublik einseitig der Verteilungskorrektur verpflichtet wußte, hat sich für die absehbare Zukunft schwergewichtig am Beschäftigungsziel zu orientieren.

Großoktav, 262 Seiten, 1977, Preis brosch. DM 36,-

ISBN 3 87895 163 9

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

eben keinen Rationalisierungsboom erleben, sondern die „Investitionsschwäche“ ausschließlich durch den Fortfall der Erweiterungskomponente in der gesamten Anlageinvestition bedingt ist.

Es besteht somit auch kein Zusammenhang zwischen Lohnbewegung der jüngeren Vergangenheit und Rationalisierungen. Eine Verminderung der Rationalisierung ist zudem weder kurzfristig noch langfristig wünschenswert, was hier wohl nicht weiter erläutert zu werden braucht. Das Problem der Rationalisierungsbedingungen Arbeitslosigkeit muß

kurzfristig über angemessene Rationalisierungsschutzabkommen gelöst werden; und langfristig gilt es, durch einen planvollen Aufbau neuer Arbeitsplätze (Stichworte: vorausschauende Strukturpolitik und gesamtwirtschaftliche Rahmenplanung) sowie den beschäftigungspolitischen Einsatz der Arbeitszeitverkürzung das Arbeitsplatzdefizit zu beheben.

Die westlichen Länder stehen wieder – wie schon einmal in den dreißiger Jahren – vor der paradoxen Situation, daß die Volkswirtschaften mehr produzieren können als durch Nachfrage ab-

sorbiert wird. Entweder man paßt die Nachfrage dem Produktionspotential an, wobei ganz sicher Lohnsenkungen auf den falschen Weg führen, auch wenn Lohnsteigerungen nicht ausreichen, um die Nachfrangelücken zu kompensieren, oder das Wachstum des Produktionspotentials und damit auch das Wachstum des nicht mehr rentierlich verwertbaren Akkumulationskapitals muß gedrosselt werden, was mit Vollbeschäftigung nur vereinbar ist, wenn die Arbeitszeit verkürzt wird und/oder der (öffentliche) Dienstleistungsbereich relativ ausgeweitet wird.

---

Bruno Molitor

## Schlüsselrolle der Lohnpolitik

---

Der Sachverständigenrat braucht sich in seiner Gutachtertätigkeit nicht über mangelnde öffentliche Resonanz zu beklagen. Daß sie zumeist unfreundlich ausfällt, wird ihn selbst am wenigsten überraschen. Er ist kein regierungsamtliches Beraterorgan vom Stile des „Council of Economic Advisers“, sondern ein Gutachtergremium, das die „Urteilsbildung“ bei allen wirtschaftlich verantwortlichen Instanzen und der Öffentlichkeit „erleichtern“ soll. Aber schon in die Analyse der gesamtwirtschaftlichen Lage und der Faktoren, die sie verursachen, spielt immer auch das Verhalten von Regierung und Interessengruppen hinein, und fachliche Kritik ist etwas, das auf der politischen Bühne besonders empfindlich zu treffen scheint. Zum anderen sollen die Sachverständigen gewiß die Politiker nicht durch „Empfehlungen“ unter Druck setzen. Aber wenn ihr gesetzlicher Auf-

trag lautet, „Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzuzeigen“, muß die Grenze zur „Empfehlung“ hauchdünn werden, in der Regel ist es eben unter den denkbaren Alternativen nur *eine* Strategie, die bei gegebenen Daten die optimale wirtschaftspolitische Marschroute abgibt.

Und schließlich: Der Sachverständigenrat setzt sich aus unabhängigen Wissenschaftlern zusammen; er zählt nicht Verbandsmanager und ministerielle Fachleute zu seinen Mitgliedern. Das bietet die Chance, in sich geschlossene Konzepte vorzulegen, die in dem Sinne radikal sind, als sie das jeweilige wirtschaftliche Übel an der Wurzel zu packen suchen und dabei den Adressaten zuweilen unbequeme Lernprozesse zumuten, während bei den anders strukturierten Regierungskommissionen nur zu oft die Berge kreißen und

eine Maus geboren wird. Natürlich ist da der Vorwurf nicht weit, die Vorschläge der Sachverständigen seien unrealistisch und nicht durchsetzbar. Indes, würde der wissenschaftlichen Analyse der Rahmen durch das abgesteckt, was die politische Praxis und die Interessengruppen selbst für opportun halten, käme ein erfolgversprechender Ausweg aus der wirtschaftlichen Malaise wohl nie in Sicht. Das „Durchsetzen“ ist nun einmal der Beruf des Politikers. Seine vornehmste Aufgabe liegt darin, das sachlich Notwendige praktisch möglich zu machen. So seinerzeit die Freigabe des Wechselkurses, mit der unser unhaltbares außenwirtschaftliches Ungleichgewicht abgebaut wurde. So seinerzeit die geld- und finanzpolitische Abkehr von einem inflationären Wachstum mit Überbeschäftigung, das das volkswirtschaftliche Leistungsvermögen überstieg. Und so

heute die nachhaltige Reduktion der – weitgehend strukturell bedingten – Arbeitslosigkeit, ohne daß sich die Inflationsspirale erneut zu drehen beginnt.

### Part der Gewerkschaften

Hierbei kommt der Lohnpolitik „1978 und danach“ eine Schlüsselfunktion zu. Mit dieser Auffassung befinden sich die Sachverständigen in guter Gesellschaft; auch das Herbstgutachten der fünf Wirtschaftsinstitute und jetzt der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium sprechen sich in der gleichen Weise aus. Das läßt sich nicht mit der „konservativen Einstellung“ der Autoren abtun, wie das einige Funktionäre selbsttherapeutisch versuchen. In unserer Wirtschaftsordnung sind die Tarifvertragspartner de facto Mitträger der Wirtschaftspolitik. Entsprechend dem überragenden Gewicht des Lohnfaktors müssen sie ihren Teil zur Realisierung der allgemeinverbindlichen wirtschaftspolitischen Ziele beitragen.

Derzeit stellt die Arbeitslosigkeit das größte Problem dar. Die sachlichen Beziehungen zwischen Lohnhöhe und mittelfristig erreichbarem Beschäftigungsstand sind natürlich auch auf Gewerkschaftsseite bekannt. Indes, ist es das Beschäftigungsziel nicht wert, jetzt mit einer Korrektur im lohnpolitischen Kurs zu reagieren? Und muß nicht die Lage schrecken, in die jene Industrieländer hineinmanövriert wurden, wo es am Willen zu einer solchen Neuorientierung fehlte? Unsere Gewerkschaften haben in den langen Zeiten der Hochkonjunktur große Verteilungserfolge erzielt; die Lohnquote erreichte eine Höhe wie nie zuvor. Aber das Blatt der ökonomischen Großwetterlage hat sich gewendet. Nunmehr kommt der Beschäftigungsorientierung der Primat zu; denn es hängt entscheidend von der Lohnpolitik ab, wie schnell sich

die Arbeitslosigkeit abbauen läßt. In dieser Sache können die Gewerkschaften bei ihren Mitgliedern auf mehr Verständnis rechnen, als das manche zornige junge Männer in den Vorstandsetagen offenbar wahrhaben wollen. Dem einzelnen Arbeitnehmer jedenfalls steht die Sicherheit seines Arbeitsplatzes höher als ein Lohnquotenprozent. Und wenn nicht alles täuscht, beschränkt sich die Solidarität der Gewerkschaftsmitglieder nicht auf den Zusammenhalt gegen die Arbeitgeberseite; sie schließt auch und nicht zuletzt die Rücksicht auf die Arbeitssuchenden ein, die freigesetzt wurden oder neu auf den Arbeitsmarkt drängen.

### Tabus müssen fallen

Wenn der Sachverständigenrat im vorliegenden Gutachten die Verantwortung der Tarifvertragspartner mit besonderem Nachdruck, ja einer gewissen Schärfe betont, so dürfte das sicherlich auf die Erfahrungen des verflossenen Jahres zurückgehen. Seine lohnpolitischen Warnungen sind 1977 nicht auf das notwendige Gehör gestoßen; die Rate der Lohnerhöhungen war durchweg nicht beschäftigungskonform; sie hat im Gegenteil zusätzlich und vermeidbar Arbeitsplätze gekostet. Vor diesem Hintergrund muten die geradezu wütenden Attacken auf das sog. Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen sachlich einigermaßen sonderbar an. Denn wie sollten die Unternehmen, die in der rezessiven Phase und bei flexiblen Wechselkursen in einem besonders harten Preiswettbewerb stehen, anders auf überzogene Lohnkostensteigerungen reagieren, als den verteuerten Arbeitsfaktor verstärkt durch den relativ günstigen Kapitaleinsatz zu substituieren, um halbwegs rentabel zu bleiben und nicht überhaupt die Tore schließen zu müssen? Und gibt es nicht schon genug Insolvenzen bzw. einschlägige Konzentrationsbewegungen?

Niemand kann die Gewerkschaften aus dieser Verantwortung entlassen: daß es nämlich die Lohnpolitik ist, die in einer Situation wie der unsrigen über das Tempo der arbeitssparenden Rationalisierung bestimmt. Nicht daß das gleiche Sozialprodukt dank der erzielten Produktivitätssteigerungen mit weniger Arbeit erstellt werden kann, bringt die Unternehmen, wie das auf manchen Seiten dargestellt wird, dazu, mit der Unterbeschäftigung ihren Frieden zu schließen. Es liegt vielmehr an der erfahrungsträchtigen Befürchtung, daß einer mühsam verbesserten Ertragslage kompensierende Lohnforderungen bislang auf dem Fuße zu folgen pflegen, die vor Erweiterungs-, ja vor Ersatzinvestitionen zurückschrecken lassen.

Der Sachverständigenrat hat Empörung geerntet, weil die von ihm ausgegebene Devise, die Lohnabschlüsse für 1978 mit einer Drei vor dem Komma zu halten, nicht einmal die Inflationsrate ausgleiche. Das war schon darum töricht, weil Preissteigerung nicht gleich Preissteigerung ist. Die erhöhte Mehrwertsteuer zum Beispiel, die natürlich auf die Produktpreise vorgewälzt wird, kann nicht durch Nominallohnsteigerungen kompensiert werden, wenn man sich nicht in die eigene Tasche zu lügen beabsichtigt. Denn mit ihr will der Staat gerade einen größeren Teil der Masseneinkommen in seine Kassen ziehen; die Ertragslage der Unternehmen wird dadurch nicht verbessert, sondern von den Absatzchancen her eher ungünstig beeinflusst. Natürlich kann man fragen, ob es in der gegebenen Lage klug war, ausgerechnet die Steuer-schraube anzuziehen. Aber die Politiker haben es eben so gewollt, und nun muß jedermann den erhöhten Obolus an Real-einkommen entrichten.

Darüber hinaus ist es ein grundsätzlicher Fehler, Preissteigerungen, die morgen eintre-

ten können, heute in Nominallohnerhöhungen zu antizipieren. Das bedeutet, die Inflationsrate nachgerade zu programmieren. Man sollte erwarten, daß die Gewerkschaften hier aus der Vergangenheit gelernt haben und von einer Illusion Abschied nehmen. Und das um so mehr, als bei uns die Inflationsbekämpfung bislang schon erfolgreich war und, konstant durchgehalten, Verbesserungen der Real Einkommenssituation absehen läßt. Freilich dürfen die Lohneinkommensbezieher denn auch vom Staat erwarten, daß er auf allen seinen Ebenen Preisdisziplin übt und nicht, wie bisher, die Lebenshaltungskosten bei den gewichtigen öffentlichen Gütern und Dienstleistungen in die Höhe treibt.

Selbstverständlich haben die Sachverständigen über dem Kosteneffekt nicht die mögliche Nachfragewirkung übersehen, die mit einer Lohnanhebung verbunden ist; wer ihnen einen Rückfall vor Keynes vorwirft, kann das Gutachten nicht gelesen haben. Im Gegenteil, mit aller gehörigen Akribie wird eine „expansive Lohnpolitik“ bei Lage der Dinge als ein unbrauchbarer Weg zum Abbau der Arbeitslosigkeit vorgeführt. Was jetzt, wo sich die Sparquote der privaten Haushalte wieder normalisiert hat, über den Verbrauchsanstieg entscheidet, sind primär die Preisanreize; von einer Bedarfssättigung zu sprechen, hält sich in beträchtlicher Distanz von der Wirklichkeit. Freilich gibt es gute Gründe zu bedauern, daß die Regierung die Chance, die ihr das Stabilitätsgesetz bietet, nicht auszunutzen verstand, um die überdrehten Lohnsteuern merklich herabzudrücken. Das hätte seinen Kaufkrafteffekt nicht verfehlt. Die steuerliche Tarifreform muß irgendwann ohnehin kommen; nur daß sie dann konjunkturpolitisch wahrscheinlich nicht in eine gleich günstige Lage fällt.

### Komponenten des Lohnkonzeptes

Vielfach verdrängt wird das, was der Rat an weiteren Komponenten zur Kurskorrektur der Lohnpolitik für notwendig erachtet. Dabei kommt ihnen, gerade weil die heutige Arbeitslosigkeit stark strukturelle Züge trägt, besondere Bedeutung zu. So dem Vorschlag, die Lohnabschlüsse zwischen den Sektoren und innerhalb der großen Branchen mehr zu differenzieren und im übrigen die Lohnrelationen entsprechend den Unterschieden in der Arbeitsqualifikation zu entzerren, statt weiterhin dem Zug zur Einkommensnivellierung durch Sockelbetragsverfahren u. ä. zu folgen. Damit würde der Strukturwandel ebenso gemildert wie andererseits die dringend erforderliche Arbeitsmobilität erhöht. Auch wäre es ratsam, zu Tarifverträgen mit längerer Laufzeit überzugehen. Die vermögenspolitische Zielsetzung brauchte dabei keineswegs Schaden zu nehmen; in einer mit der Ertragsentwicklung synchronisierten Stufenfolge könnten vermögenswirksame Leistungen eingebaut werden.

Aber das ist es eben: noch klammern sich die Gewerkschaften an die alten lohnpolitischen Techniken und schieben den „schwarzen Peter“ lieber der „staatlichen Strukturpolitik“ zu. Indes, diese Wunderwaffe dürfte inzwischen allenthalben entzaubert worden sein. Wo mit ihr gegen die Marktkräfte hantiert wurde, hat sie die heutige Beschäftigungsmalaise nur verschlimmert. Und auf jeden Fall ist sie ein untaugliches Instrument, um die lohnpolitische Unelastizität wettzumachen.

### Ausgeschöpfte Finanzpolitik

Ebenso schmeckt es nach Eskapismus, wenn immer noch nach mehr Staatsausgaben und nach billigerem Geld gerufen wird. Die Fiskalpolitik hat in mehreren Programmen nicht we-

niger als 35 Mrd. DM in die Wirtschaft gepumpt und damit eine Defizithöhe erreicht, von der später wieder herunterzukommen noch ein politisches Kunststück erfordern wird. Die Geldpolitik hat mit der letzten Diskontsatzsenkung ihre mit dem Stabilitätsziel verträglichen Möglichkeiten vollends ausgeschöpft, wenn nicht schon überschritten. Jetzt ist entschieden die Lohnpolitik am Zuge.

Was von der staatlichen Instanz dagegen billigerweise gefordert werden kann, ist der Abbau von Investitionshindernissen, die gesetzlichen oder institutionellen Charakter tragen. Das gilt für den beschäftigungspolitisch wichtigen Kraftwerksbereich ebenso wie für den Mietwohnungsbau, wo zumal das 2. Wohnraumkündigungsschutzgesetz neue Unsicherheiten gebracht hat. Wie denn überhaupt manche Ventile der Anpassungsflexibilität just durch politische Interventionen verstopft worden sind, die als sog. kostenlose Reformen in den Zeiten der knappen öffentlichen Haushaltsmittel sich großer Beliebtheit erfreuten, aber bei Licht betrachtet sich als gesamtwirtschaftlich besonders teuer herausstellen. Zu denken ist etwa an die rigorosen Kündigungsschutzbestimmungen, die Unternehmen davon abhalten, schwer zu vermittelnde Arbeitskräfte einzustellen, die sonst eine Wiederbeschäftigungschance gehabt hätten; an die finanzielle Regelung des Mutterschutzes, die das einzelne Unternehmen belastet und damit sicherlich nicht die Arbeitsaussichten der Frauen erhöht, oder an die verschärften Anforderungen an die betriebliche Lehrlingsausbildung, die das Angebot an Ausbildungsplätzen gerade in Branchen und Regionen reduzieren, in denen Klein- und Mittelbetriebe vorherrschen.

Hier überall wirken die an sich gut gemeinten Sozialmaßnahmen sich wie ein Bumerang

schließlich gegen jene aus, denen sie eigentlich nützen wollen. Was die Technik der Arbeitslosenversicherung anbelangt, bedarf das Kriterium der „zumutbaren Arbeit“ der Überprüfung, wenn nicht die Solidarität der beitragszahlenden Arbeitnehmer strapaziert werden soll. Endlich hätte auch das Tabu zu fallen, dem das Institut der Zeitarbeitsverträge unterliegt. Demgegenüber muß die Forderung, die öffentliche Hand solle durch zusätzliche Einstellungen die Zahl der registrierten Arbeitslosen senken, der Kategorie der verzweifelten Ratschlüsse zugerechnet werden; denn damit würde erneut der öffentliche Dienst aufgebläht – ein Fehler zumal der frühen siebziger Jahre, den wir im Zuge der Haushaltskonsolidierung gerade erst rückgängig zu machen suchten.

#### **Problematische Arbeitszeitverkürzung**

Ein Mitglied des Sachverständigenrates (Scherhorn) hat in seinem Minderheitenvotum die Akzente etwas anders gesetzt, indem er – neben einer langsamen Anhebung der Staatsquote – für eine erhöhte Verkürzung der Arbeitszeit plädiert, um die Volkswirtschaft zur Vollbeschäftigung zurückzuführen. Soweit damit eine Verlängerung der Freizeit bei vollem Lohnausgleich gemeint ist, geht die Maßnahme natürlich zu Lasten der sonst möglichen Steigerung des Lohneinkommens und paßt schon aus diesem Grunde denk-

bar schlecht in die konjunkturelle Landschaft. Handelt es sich andererseits um eine Verkürzung der Arbeitszeit mit Senkung des Effektivereinkommens, ist schwer einzusehen, wie sich die betroffenen Arbeitnehmer ohne staatlichen Zwang dazu verstehen sollten, ganz zu schweigen davon, daß nicht angenommen werden kann, dem Verzicht stände ein gleich großes Äquivalent an Neueinstellungen gegenüber. Man muß im Gegenteil damit rechnen, daß der Eingriff kostenträchtige Betriebsumstellungen nach sich zieht und der arbeitssparenden Rationalisierung einen neuen Impuls verleiht. Im übrigen stört die Irreversibilität einer solchen Maßnahme, was uns Ende der achtziger Jahre, wenn die Zahl der Erwerbsspersonen ohnehin wieder zurückgeht, ein Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt mit umgekehrten Vorzeichen beschreiben kann.

#### **Frage der Erfolgsgarantie**

Die Abwehr der lohnpolitischen Marschroute, wie sie der Sachverständigenrat, wohlgehemmt, über mehrere Perioden, also mittelfristig für unerlässlich hält, tritt in mancherlei Gewand auf. Da wird zum Beispiel gesagt, wer sich in den numerischen Prognosen verschiedentlich so geirrt habe, könne für sein politisches Konzept kein sonderliches Vertrauen erwarten. Auf den logischen Fehler, der in diesem Schlußverfahren steckt, braucht dieserorts ebenso wenig eingegangen zu wer-

den wie auf jene Art Kritik, die auf „neue“ Maßnahmen bis hin zur „Veränderung des Wirtschaftssystems“ festgelegt zu sein scheint. Das Unbehagen kleidet sich aber auch in die Frage, ob denn die geforderte Kurskorrektur wirklich den Beschäftigungserfolg *garantiere*. Nimmt man sie ernst, so kann die Antwort nur lauten, daß nach allem, was wir theoretisch und praktisch wissen, das Hineinwachsen in marktgerechte Arbeitskosten die notwendige Bedingung eines höheren Beschäftigungsgrades darstellt, der vorhält. Natürlich kann niemand retardierende Querschläger ausschließen, so etwa eine anhaltende Dollarkrise, die zu einer Überbewertung der Deutschen Mark führt und unsere Exportchancen beeinträchtigt. Aber selbst eine solche ungünstige Situation würde das Konzept nicht desavouieren, sondern umgekehrt nur noch bestärken. Freilich liegt es an der Regierung, ihr außenpolitisches Gewicht in die Waagschale zu werfen, um uns derartige Zusatzbelastungen zu ersparen.

Gleichwohl, läßt man die Reaktionen auf das Sachverständigen- und die anderen einschlägigen Gutachten Revue passieren, ist eine gelinde Skepsis nicht zu unterdrücken. Sollte tatsächlich Oskar Morgenstern mit seinem „Gesetz“ recht behalten, nach dem sich gerade solche wirtschaftlichen Situationen am meisten verschlimmern, wo klar auf der Hand liegt, was in der Sache getan werden müßte?

## **KONJUNKTUR VON MORGEN**

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

ISSN 0023-3439

**V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G**

Burkhard Strümpel

## Sind die Weisen überfordert?

Die sich verschärfende Kritik an der Arbeit des Sachverständigenrates, die sich gelegentlich sogar zu Zweifeln an seiner Daseinsberechtigung verdichtet, ist nur symptomatisch für das weithin empfundene Unbehagen an dem gegenwärtigen Zustand der Wirtschaft, der Wirtschaftspolitik und letztlich des Wirtschaftsdenkens in den siebziger Jahren. Der Ökonomie ist es bis heute nicht gelungen, die turbulenten Ereignisse dieses Jahrzehnts zu verstehen, geschweige denn, sie der politischen Führungsschicht oder der Bevölkerung erklären zu können. Die gegenwärtigen Krisenerscheinungen stiften kaum weniger Verwirrung als seinerzeit die Depression der dreißiger Jahre.

In beiden Fällen versagten die Leitbilder und konjunkturpolitischen Instrumente, die sich in den vorausgegangenen besseren Zeiten bewährt hatten. Damals war die Krise flankiert von überoptimistischen Prognosen und unwirksamen Therapien. In ähnlicher Weise ist heute der Anspruch der „Globalsteuerung“ in Frage gestellt, Geldwertstabilität, Vollbeschäftigung und stetiges Wachstum durch die Manipulierung von Gesamtnachfrage und -angebot sichern zu können. Obgleich sich beispielsweise die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Staates, ja die Lohnentwicklung in den letzten Jahren im großen und ganzen innerhalb der Vorstellungen des Sachverständigenrates bewegt haben, sind die an dieses Verhalten geknüpften Erwartungen nicht auch nur im Entferntesten erfüllt worden. Dies gilt besonders, was das Beschäftigungsziel anbelangt.

Vor diesem Hintergrund überrascht es kaum, daß auch die Kritik keinerlei einheitliche Ausrichtung erkennen läßt. Einmal wird dem Rat angekreidet, durch seine Aufforderung zur Zurückhaltung bei Tarifabschlüssen nicht nur einer Umverteilung zugunsten der Kapitaleinkommen Vorschub zu leisten, sondern auch den Schwächetendenzen der Nachfrage (Kaufkraftargument); zum anderen beklagt man nicht in erster Linie den Fehleinsatz des vorhandenen Instrumentariums, sondern hält schon die vorgelagerte Situationsanalyse für unzulänglich<sup>1)</sup>.

## Erhebliche Skepsis

Der hier zu kommentierende, im neuen Jahresgutachten enthaltene Vorschlag des Sachverständigenrates, die Reallohnerhöhung unter dem Produktivitätsanstieg anzusiedeln, versucht sehr scharfsinnig, dem in der ersten Denkweise enthaltenen Kaufkraftargument zu begegnen. Dies geschieht mit der dem Pigou-Effekt verpflichteten These, es würden die Einkommen aufgewertet, die weniger streng oder nur verzögert an Veränderungen des Preisniveaus gekoppelt sind, vor allem die Sozialeinkommen und die Vermögenseinkommen. Die Unternehmen würden also gleichzeitig –

<sup>1)</sup> Hier sollen einmal die Thesen des „Regensburger Ökonomenkreises“ genannt werden, der die Ursachen der gegenwärtigen Krisenerscheinungen in den unserem Wirtschaftssystem immanenten privat-dezentralen Entscheidungen über Investitionen und den daraus resultierenden Instabilitäten sieht (vgl. Leviathan, Heft 3/1977), zum anderen die Analyse des Verfassers (Krise des Wohlstands – das Modell einer humanen Wirtschaft, Stuttgart 1977), die auf mittelfristige Veränderungen der Verhaltensweisen und wirtschaftsstrukturellen Rahmenbedingungen abstellt.

wenn auch nur vorübergehend – von Lohnkosten entlastet und erführen darüber hinaus eine Stützung der Konsumnachfrage, eine Konstellation, die die Wirkung einer Initialzündung für die Investitionsbereitschaft haben soll. Überdies würde eine besonders niedrige Steigerung der Verdienste es dem Staat erlauben, für dringliche Aufgaben zusätzliche Stellen zu schaffen (Ziffer 401).

Mag es schon bezweifelt werden, daß sich die Verfechter des Kaufkraftargumentes mit dieser Beweisführung zufrieden geben werden, so ist auf jeden Fall die Forderung nach Lohndisziplin, die die Mehrheit des Sachverständigenrates einmal mehr in das Zentrum ihrer Empfehlungen rückt, nicht dazu angetan, denjenigen Kritikern in irgendeiner Weise entgegenzukommen, die eine gegenüber früheren Jahrzehnten gründlich veränderte wirtschaftsstrukturelle Landschaft erkennen wollen. Auch diesem Rezensenten erscheint es ganz unrealistisch, von verteilungspolitischem Wohlverhalten einen entscheidenden Beitrag zur Rückkehr auf den Tugendpfad des Wachstums, insbesondere zum Abbau der strukturellen Arbeitslosigkeit zu erwarten. Die zur Beseitigung des Arbeitsplatzmangels erforderliche Steigerung der privaten Anlageinvestitionen müßte doch „etwa 8 v. H. jährlich“ bis 1985 betragen, eine Zuwachrate, die, in den Worten des Sachverständigenrates, erheblich über das hinausgehen müßte, was in der Vergangenheit unter wesentlich günstigeren Bedingungen erreicht worden ist (Ziffer 334).

Nun ist die im folgenden zu begründende Skepsis gegenüber dem Potential der geläufigen Therapien keineswegs gleichbedeutend mit dem Schluß, wir hätten es mit einem Bankrott des marktwirtschaftlichen Systems zu tun, dessen konkretes Erscheinungsbild ja durch Elemente des Wohlfahrtsstaates, der Wettbewerbsbeschränkung und des staatlichen Interventionismus, ja Dirigismus, ohnehin in vielfältiger Weise modifiziert ist. Vielmehr liegt zwischen der verharmlosenden Diagnose „Fehlverhalten“ und der radikalen Diagnose „Systemversagen“ ein vom Sachverständigenrat und von der öffentlichen Diskussion sträflich vernachlässigtes Kapitel Strukturanalyse, dessen Seiten im Minderheitsvotum von Prof. Scherhorn aufgeschlagen werden. Eine solche Strukturdebatte würde Aufmerksamkeit für die Probleme wecken, die durch Bevölkerungsaufbau, Kapitalstock, Lebensstile, institutionelle Strukturen vorgeprägt sind und uns über konjunkturelle Veränderungen hinaus begleiten.

### Das neue Szenario

Das Vierteljahrhundert nach dem Weltkrieg war für die westlichen Industriegesellschaften eine Periode rapiden Wachstums, dessen Tempo einen einsamen Rekord in den Annalen der Wirtschaftsgeschichte hält. Die Faktorenkonstellation, die während dieser Ära herrschte, läßt sich wie folgt skizzieren:

□ Der güterproduzierende Sektor wies eine höhere Produktivität auf als die anderen Sektoren der Volkswirtschaft. Die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten wurden aus drei Quellen gespeist: steigender Einsatz von Kapital und Arbeit; Transfer von Produktionsfaktoren von Bereichen geringer zu solchen höherer Produktivität, typischerweise von Landwirtschaft und Kleingewerbe zur Industrie; und technischer Fortschritt.

□ Rohstoffe waren reichlich verfügbar; die Rohstoffpreise stiegen weniger rasch als andere Preise.

□ Die Privathaushalte hatten zunächst einen Nachholbedarf an Konsumgütern. Die Konsumenten waren optimistisch, ungesättigt, auf den Erwerb materieller Güter aus und vollzogen damit auf der Nachfrageseite die oben angeführte sektorale Verschiebung der Produktionsfaktoren. Hohe Geburtenziffern und verminderte Sterblichkeit führten zu starker Bevölkerungszunahme.

Von diesen Wachstumsquellen sind einige weitgehend versiegt.

□ Die Produktivitätsdifferenz zwischen Landwirtschaft/Handel und Industrie ist zusammengeschrumpft.

□ Die Preise für Rohstoffe sind plötzlich und sprunghaft gestiegen; es ist noch zu früh, hieraus einen bleibenden Trend abzuleiten. Freilich zeichnete sich die Erhöhung der relativen Rohstoffpreise bereits mehrere Jahre vor der Ölkrise ab.

□ In Deutschland deutet sich eine Saturierung mit dem Standardsortiment des Wohlstandes und daraus folgend eine Entmythologisierung des Massenkonsums an<sup>2)</sup>. Die Sparquote hat sich seit Mitte der fünfziger Jahre verdoppelt, von etwa 8 auf 16 % des verfügbaren Einkommens<sup>3)</sup>.

□ Umweltschutzaufgaben und andere politisch-gesellschaftliche Widerstände gegen weitere Belastungen der Umwelt, ja sogar gegen industrielle Ansiedlungen, haben das Kostenniveau besonders der güterproduzierenden Industrie erhöht und stellen ein zusätzliches Handikap bei der Errichtung neuer Anlagen dar.

□ Die Bevölkerungsentwicklung ist in der Bundesrepublik vorerst negativ.

Diese Betrachtung soll die Bedingungen verdeutlichen, unter denen in einer neuen Umwelt Beschäftigungs- und Investitions-

entscheidungen stattzufinden haben. Die Schwäche der privaten Beschäftigung und industriellen Expansion ist strukturell und nicht konjunkturell bedingt, sie ist ein globales und nicht ein nationales Problem. Sie ist erklärt durch eine Abschwächung der Zuwachsraten des Sachgüterkonsums, die plausiblerweise auf die Periode ungewöhnlich hohen Wachstums der Nachkriegszeit folgt, im langfristigen sektoralen Strukturwandel vorprogrammiert ist und durch die plötzlich zutage getretene Rohstoff- und Umweltproblematik noch akzentuiert wird. Sie ist auch eingebettet in eine ganze Palette mittelfristiger Trends wie niedrigere Kapazitätsauslastung, höhere Unternehmensverschuldung und fallende Gewinne<sup>4)</sup>. Vordergründige situationspezifische Deutungen, wie etwa Hinweise auf die Verschlechterung des „Investitionsklimas“, auf Lohnabschlüsse, die etwas über der Summe von Produktivitätserhöhung und Geldentwertung liegen, oder auf die Erhöhung der Unternehmenssteuern verbieten sich schon wegen der internationalen Parallelen der Investitions- und Rentabilitätstrends.

### Bedarfsgerechte Produktion?

Gewiß, wir haben ungenutzte Produktionsfaktoren und eine Menge unbefriedigter Wünsche nach privaten und öffentlichen Gütern, Diensten, Infrastrukturleistungen (einschließlich Umweltschutz) und guten Arbeitsplätzen. Allerdings entspricht die Zusammensetzung der von der Wirtschaft zur Zeit bereitstellba-

<sup>2)</sup> Auf die von der Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung gestellte Frage, ob der Haushalt während des kommenden Jahres größere Anschaffungen plant, stiegen die negativen Antworten kontinuierlich von 16 % 1956 auf 45 % 1967. Und während 1967 noch 18 % der Verbraucher erklärten, daß sie mit ihrem erreichten Lebensstandard zufrieden seien, waren es 1977 lediglich 8 %.

<sup>3)</sup> Über die Gründe vgl. B. Strümpel: Saving Behavior in Western Germany and the United States, in: American Economic Review, Mai 1975.

<sup>4)</sup> Vgl. B. Strümpel: Fehlverhalten oder Strukturkrise?, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 57. Jg. (1977), H. 6, S. 284 ff.

ren Bedarfsdeckung in folgenden Hinsichten diesen Wünschen nicht:

Erstens scheinen die Zuwachsraten der Nachfrage von den industriellen Massengütern auf Objekte überzuwechseln, die die Wirtschaft eben nicht oder nur unter stark steigenden Kosten liefern kann. So beobachtet der britische Nationalökonom Fred Hirsch in seinem bemerkenswerten Buch „Social Limits to Growth“ (1977), daß sich der Wunschkatalog zunehmend auf „positionelle“ Güter verlagert, d. h. auf Güter oder Dienste, die ihrer Natur nach nicht beliebig vermehrbar sind, wie ein Landhaus am See, eine gut gelegene Wohnung oder eine akademische Bildung, die einen Anspruch auf hohes Einkommen und sozialen Status verbrieft. Zu einem ähnlichen Ergebnis führt zweitens die Beobachtung, daß Zuwächse in der Produktion solcher materiellen Güter, die einen hohen Anteil von Rohstoffen, Energie, Transportleistungen, Umweltverschmutzung oder -schutzkosten an ihrer Wertschöpfung aufweisen, physisch und von der Kostenentwicklung her schwerer zu erzielen sind. Und schließlich will es scheinen, daß die Wünsche nach materiell nicht vermittelten Befriedigungen von der Wirtschaft frustriert werden. Teilzeitbeschäftigung, Bildungsurlaub, Verzahnung des Bildungssystems mit dem Berufsleben, mehr Selbstbestimmung am Arbeitsplatz sind Optionen, die in unserer Gesellschaft nicht genügend zur Verfügung stehen.

Aus diesen Erwägungen resultieren Ansatzpunkte für ein Bündel von Strategien und Zielvorstellungen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, das an Eleganz und Geschlossenheit einiges zu wünschen übrig läßt, sich freilich in diesen Punkten nur der Vielschichtigkeit der Probleme und der seiner Lösung entgegenstehenden Hindernisse anpaßt. Gemeinsam ist diesem Bündel

der Versuch, den häufig mißbrauchten Begriff qualitatives Wachstum zu konkretisieren. Gemeinsam ist ihm auch die Prämisse, daß es nicht so sehr die Menge als vielmehr die Beschaffenheit der produzierten und konsumierten Güter und Dienste ist, die fragwürdig geworden ist und die Gegenstand von substantiellen Zielvorstellungen werden muß, in Übereinstimmung mit Joan Robinson, die in einem „Die zweite Krise der Wirtschaftstheorie“ betitelten Aufsatz schreibt: „Die erste Krise entstand aus der Unfähigkeit einer Theorie, die *die Höhe* der Produktion nicht erklären konnte. Die zweite Krise entsteht durch eine Theorie, die *die Zusammensetzung* der Produktion nicht erklären kann.“<sup>5)</sup>

#### Förderung des qualitativen Wachstums

Zunächst einmal bedarf es — und hier stimme ich mit dem Vorschlag des Sachverständigenrates überein — einer Schaffung zusätzlicher Stellen „für dringliche Aufgaben, die der Konsolidierung der Staatsfinanzen wegen nicht genügend berücksichtigt worden sind“ (Ziffer 401). Freilich dürfte staatliche Nachfrage nur in die Bresche springen, um solche Leistungen zu erbringen, die auf bestehende, klar wahrgenommene Bedarfe treffen, wobei die mögliche bzw. wahrgenommene Ineffizienz der Leistungserstellung im öffentlichen Sektor auch als Begrenzungsfaktor erwogen werden muß. Alle Anzeichen sprechen freilich dafür, daß genügend unerfüllte Bedarfe für öffentliche Leistungen existieren, die mit den vorhandenen arbeitslosen oder unterbeschäftigten Ressourcen gedeckt werden können, so zum Beispiel Sozial- und Gesundheitsfürsorge, Altenhilfe, stärker individualisierte Betreuung von Kleinkindern, Erwachsenenbildung, öffentliche Sicherheit. Kompensatorische Beschäftigungspolitik, bisher bereits als Instrument der Konjunkturpolitik

anerkannt, müßte auch zum Instrument der Strukturpolitik erhoben werden. Unter diesem Zeichen hat Lohndisziplin als Finanzierungsmodus durchaus ihre Berechtigung.

Zweitens müßten solche Sachkapitalinvestitionen begünstigt, ja provoziert werden, die die physische Umwelt und die Rohstoffbasis schonen, dabei aber nicht weniger Beschäftigung schaffen als solche Investitionen, deren produktive Nutzung Umweltgüter und Rohstoffe stark beansprucht. So fehlt es noch immer an einer entschlossenen Förderung der Wiederaufbereitung von Rohstoffen (Recycling), von Kraft-Wärme-Kopplung außerhalb der Elektrizitätsversorgungsunternehmen oder der Wärmedämmung von Gebäuden, obgleich hier enorme Wirtschaftlichkeits-, Energiespar- und Beschäftigungsreserven nachweisbar sind<sup>6)</sup>. Umgekehrt werden die externen Kosten konkurrierender materialintensiver Produktionsweisen überwiegend nur höchst unvollständig den Verursachern angelastet. Im Energiebereich werden Kohle- und Kernkraftwerke sogar umgekehrt subventioniert.

#### Ansätze zur Arbeitsbeschaffung

Drittens gilt es, dezentrale Ansätze zur Arbeitsbeschaffung aufgrund von Initiativen aus der Bevölkerung zu fördern. Hier soll beispielhaft auf das kanadische Programm der Förderung örtlicher Initiativen (PIL) hingewiesen werden, das im Herbst 1971 angesichts einer steigenden strukturellen Arbeitslosigkeit eingerichtet wurde. Dieses Programm

<sup>5)</sup> Joan Robinson: The second crisis of economic theory, in: American Economic Review, Januar 1972, S. 6.

<sup>6)</sup> Die folgenden Studien belegen für Teilbereiche das außerordentlich hohe Potential der Rationalisierung des Energieeinsatzes innerhalb der Grenzen der Wirtschaftlichkeit: F. Romig, G. Leach: Energy Conservation in UK Dwellings: Domestic Sector Survey & Insulation, IED Energy Project London, Juli 1977; B. Strümpel: Berechnungen und Überlegungen zu einem alternativen Energiekonzept — Testfall Berlin, als Manuskript vervielfältigt, Wissenschaftszentrum Berlin, 1977; R. W. Peter: Ein nationaler Energiesparplan, Gottlieb-Duttweiler-Institut, Rüschlikon bei Zürich 1977.

verfolgt gleichzeitig die Ziele, Arbeitsplätze zu schaffen und bisher unbefriedigte, für wichtig betrachtete öffentliche Bedarfe in den Bereichen Bildung, Information, Gesundheit, Sozialfürsorge, Sport, Unterhaltung zu decken. Folgende Bedingungen werden an die Förderung von Projekten geknüpft, die von den Initiativgruppen an die Behörde herangetragen werden: Sie dürfen nicht in Wettbewerb mit existierenden Dienstleistungen oder Einrichtungen treten, und sie müssen Personen beschäftigen, die bisher als Arbeitslose geführt werden. Die günstigsten Projekte werden höchstens für 30 Wochen gefördert, wobei sich die finanzielle Unterstützung etwa in der Höhe der Arbeitslosenunterstützung hält. So werden im Jahresdurchschnitt zur Zeit etwa 90 000 Arbeitsplätze mit einem Mittelaufwand geschaffen, der weit unter dem liegt, der für Konjunkturprogramme via Investitionsanregung pro Arbeitsplatz zu veranschlagen ist <sup>7)</sup>.

### Wahl zwischen Extremen

Bei arbeitspsychologischen Untersuchungen stellt sich immer wieder heraus, daß selbständig Tätige trotz überdurchschnittlich hoher Arbeitsbelastung eine besonders hohe Arbeitszufriedenheit zeigen. Müssen nicht Erhaltungsstrategien, die in der Zeit des rapiden industriellen Wachstums mit Recht zur Kritik herausforderten, neu überdacht werden? Das Bild unserer Strukturpolitik ist noch immer durch zwei unverbundene Pole gekennzeichnet. Auf der einen Seite die traditionellen Erhaltungssubventionen für Industrien, die, wie z. B. die Steinkohle oder der Schiffbau, im Wettbewerb zurückbleiben. Auf der anderen Seite „Großtechnologien“, kostspielige Forschungs- und Entwicklungsprojekte, die an der Vision neuer Wirtschaftszweige oder zumindest Produkt-

gattungen orientiert sind. Was fehlt, ist ein ideenreicher Kompromiß zwischen den Extremen des „Naturschutzparks“ und des „Zukunftsschocks“, nämlich die Entwicklung von Technologien, gesetzlichen Regelungen, staatlichen Hilfen und privaten Initiativen, die Klein- und Mittelbetrieben die Existenz ermöglichen.

Viertens bedarf es der Erwägungen darüber, inwieweit die Befriedigung von Bedürfnissen durch Teilnahme am arbeitsteiligen Wirtschaftsprozess oder auch anders vermittelt werden kann. Gewiß ist im Einklang mit der Bildungsrevolution und der Schwächung von traditionellen familiären Autoritätsstrukturen eine Abkehr von der reinen Hausfrauenrolle, ja der Mutterrolle zu verzeichnen. Gewiß ist der Anteil der lokal oder in Selbstversorgung oder gegenseitiger Familien- und Nachbarschaftshilfe erzeugten Güter und Dienstleistungen zurückgegangen. Zu erwägen ist jedoch, ob wir es hier nicht mit Entwicklungen zu tun haben, die eine Erbschaft einer zurückliegenden Epoche sind, die vielleicht im Abklingen begriffen sind und die nicht zuletzt angesichts der gegenwärtigen Gegebenheiten des Arbeitsmarktes beeinflusst werden sollten und könnten.

Nur zu häufig sind die Menschen bei ihren Entscheidungen über die Teilnahme am Arbeitsmarkt mit einer unbefriedigenden Wahl zwischen den Extremen des Alles oder Nichts konfrontiert. Möglichkeiten zur Teilzeitbeschäftigung sind die Ausnahme statt die Regel, Urlaubszeiten sind tarifvertraglich festgesetzt, „Bildungsurlaub“, „Babyjahr“, polytechnische Ausgestaltung des Bildungssystems sind Regelungen, die bislang noch in den Entwürfen der Sozialpartner steckengeblieben sind, und selbst die gefeierte flexible Altersgrenze ist flexibel nur nach unten und erleichtert kaum einen graduellen

Rückzug aus dem Berufsleben. Es lohnte sich, darüber nachzudenken, wie die zweifellos vorhandenen sachlichen Schwierigkeiten, die der Ausweitung solcher Optionen von der Arbeitgeberperspektive entgegenstehen, überwunden werden können.

### Lohndisziplin greift zu kurz

Fassen wir zusammen: Die These von der Lohnzurückhaltung greift zu kurz, wird in ihrer Reichweite weit überschätzt. Das von der Mehrheit des Sachverständigenrates vorgestellte Modell eines neoklassischen Aufschwungs ignoriert die Anzeichen der Änderungen der Wirtschaftsstruktur, besonders der Verhaltensweisen, Werthaltungen und Prioritäten der Menschen. Teilweise werden die Marktsignale dieser Änderungen als Konjunkturschwäche oder Fehlverhalten verharmlost, teilweise werden sie den „Selbstheilungskräften des Marktes“ überantwortet; die weitere Behandlung inhaltlicher Zielvorstellungen, wie sie im Minderheitsvotum gefordert und auch umrißhaft vorgenommen wird, unterbleibt. Auch der kurze Abschnitt „Wachstums- und Strukturpolitik“, der Staatshilfen für kleine und mittlere Unternehmen und Probleme der Ausbildungspolitik erörtert, wirft die Frage: Was soll wachsen? nicht einmal auf.

So wird von Jahr zu Jahr deutlicher, daß der Sachverständigenrat durch die an ihn gerichteten Erwartungen und durch seinen gesetzlichen Auftrag überfordert ist, ohne sich in seiner Mehrheit dessen bewußt zu sein. Es gibt wohl kaum eine Instanz, die in der gegenwärtigen Situation anerkannte Leitlinien für die Wirtschaftspolitik aufstellen könnte, bevor eine gründliche Debatte über das Verhältnis von quantitativem und qualitativem Wachstum stattgefunden hat, eine Debatte, die freilich von dem zur Zeit noch vorherrschenden Wirtschaftsdenken eher verhindert als angeregt wird.

<sup>7)</sup> Vgl. Pierre Dupius: L'Exemple Canadien, in: Le Nouvel Observateur, November 1977, S. 31.